

WAHLPRÜFSTEINE MEDIASPREE VERSENKEN! - GRÜNE ANTWORTEN

1) „Volksentscheid retten“

Befürworten Sie die angestrebte Verfassungsänderung des Volksbegehrens „Volksentscheid retten“?

Das Volksbegehren „Volksentscheid retten“ greift zahlreiche Forderungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf, die in der laufenden Legislatur in Gesetzesform ins Abgeordnetenhaus eingebracht hat (Drucksache 17/1742). So fordern auch wir die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Sicherung von Volksgesetzen; dabei orientieren wir uns bei Quorum (2,5 Prozent) und Frist (drei Monate) am Hamburger Modell. Wir befürworten ebenfalls die Absenkung des Quorums bei der 2. Stufe von Volksbegehrens von bisher sieben auf fünf Prozent. Bei verfassungsändernden Gesetzen wollen wir das Quorum von bisher 20 Prozent allerdings nur auf zehn Prozent senken. Die bisherige Regelung, wonach der Senat darüber entscheidet, wann der Volksentscheid durchgeführt wird, lädt zu Missbrauch ein und hat sich nicht bewährt. Wir fordern daher, dass der Volksentscheid auf Antrag der Träger*innen an einem Wahltag stattfinden muss – das dürfte im Ergebnis dem Vorschlag von „Volksentscheid retten“ entsprechen.

Unsere Vorschläge gehen aber noch weiter: So wollen wir, dass alle Einwohner*innen Berlins, die mindestens 16 Jahre alt sind, bei Volksbegehren und Volksentscheiden abstimmen können und Volksgesetzgebung auch barrierefrei ist. Den Träger*innen eines Volksbegehrens wollen wir zum einen ein Recht auf Anhörung in den zuständigen Ausschüssen des Abgeordnetenhauses und im Anschluss ein Recht auf Nachbesserung geben, zum anderen sollen sie die Überprüfung der Gültigkeit der Unterschriften durch die Bezirksämter ihrerseits nachvollziehen und kontrollieren können. Schließlich fordern wir eine angemessene Kostenerstattung bei Volksbegehren und Volksentscheiden, wenn jeweils die Hälfte des Quorums erreicht wurde.

2) Galvanikbetrieb Otek in der Köpenicker Straße 147 in 10997 Berlin

Befürworten Sie, dass der Senat über 10 Mio Euro dafür ausgibt, dass für einen Privatinvestor Bauhindernisse beseitigt werden?

Wir setzen uns dafür ein, Betriebe, die unter die Seveso III Richtlinie fallen, aus der Innenstadt umzusiedeln. In der Innenstadt befinden sich diese Betriebe häufig in der Nähe von Wohnungen sowie sensiblen Nutzungen wie Schulen und Kitas und könnten somit im Fall eines Unfalls eine Gefahr darstellen. Wir unterstützen daher die Umsiedlung des Galvanikbetriebs Otek, damit das Behala Grundstück in einem Konzeptverfahren mit einer Mischung aus Wohnen und Gewerbe mit einem hohen Anteil an Sozialwohnungen und einem frei zugänglichen Ufer entwickelt werden kann.

Allerdings sehen wir es sehr kritisch, dass die Eigentümer von Otek über die Jahre immer noch mehr Geld für eine Umsiedlung verlangen. In den letzten Jahren gab es nach langen, durch den Bezirk vermittelte Verhandlungen bereits ein Angebot des Landes Berlin, Otek in den Cleantechpark in Marzahn umzusiedeln und diesen Umzug, der ja auch Kosten verursacht, mit einem einstelligen Millionenbetrag zu unterstützen. Otek hat dieses Angebot leider am Ende doch nicht angenommen und in den nachfolgenden Verhandlungen immer mehr Geld verlangt, so dass man mittlerweile im zweistelligen Millionenbereich angekommen ist. Diese fast schon erpresserisch zu nennende Mitnahmentalität lehnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab und fordern eine faire Beteiligung des Landes an tatsächlich anfallenden und nachweisbaren Umzugskosten. Für einen hohen Sozialwohnungsanteil fordern wir einen Ausbau der Förderinstrumente des Landes Berlin. Wir wünschen uns eine kleinteilige Parzellierung und Nutzungs- und Eigentümergeviertel, in der vor allem die städtischen Wohnungsbaugesellschaften und andere gemeinnützige Bauherren wie Genossenschaften zum Zuge kommen. Das Grundstück soll dabei (beispielsweise durch Erbpachtmodelle) in kommunaler Hand verbleiben.

3) Kommunalisierung der Cuvry-Brache

Nachdem der Investor seine Pläne für die „Cuvry-Höfe“ aufgegeben hat, fordert Mediaspree versenken! die Kommunalisierung der Fläche. Der Senat sollte die Planungshoheit an den Bezirk zurückgeben. Dieser sollte einen neuen, demokratischen Planungsprozess für eine gemeinwohlorientierte Entwicklung der Fläche umsetzen. Werden Sie die Kommunalisierung der Cuvry-Brache betreiben und die sozial verträgliche und ökologische Entwicklung der Fläche

ermöglichen?

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg hat durch seine grünen Baustadträte mehrfach ein Ersuchen an den Senat gestellt, die Planungshoheit über die Cuvry-Brache wieder zurück zu erhalten. Bisher wurden diese Ersuchen negativ beantwortet. In der nächsten Legislaturperiode wird das Ersuchen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Friedrichshain-Kreuzberg jedoch sicherlich erneut gestellt werden.

Für eine Kommunalisierung der Fläche muss der Senat entsprechende Mittel zur Verfügung stellen und der Eigentümer muss willens sein zu verkaufen. Insofern steht ein solches Ansinnen zum einen unter Finanzierungsvorbehalt und benötigt eine Mehrheit im Vermögensausschuss des Abgeordnetenhauses zu Berlin. Zum anderen hängt es davon ab, ob und vor allem zu welchem Preis der jetzige Eigentümer sich von dem Grundstück trennen würde.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen einer solchen Kommunalisierung zentraler Flächen grundsätzlich positiv gegenüber (siehe Frage 5). Ob solch ein Geschäft zustande kommt, hängt aber von den genannten Faktoren und einem realistischen Kaufpreis ab. Enteignungen sind in der Bundesrepublik bekanntlich an hohe Hürden gebunden.

4) (Re-)Kommunalisierung von Privat-Grundstücken

Mediaspree Versenken! fordert die (Re-)Kommunalisierung bestimmter Grundstücke an der Spree, z.B. das hinter der East-Side Gallery gelegene Grundstück von Alon Mekel (Mühlenstraße 61-63, 10243 Berlin), Zapf-Grundstück (Köpenicker Straße 14, 10997 Berlin) und das Agromex-Grundstück (Fanny-Zobel-Straße, 12435 Berlin, Flurstück 139). Wie stehen Sie dazu?

Der ehemalige Grüne Bürgermeister Franz Schulz hat seit der Bezirksfusion, erst als Baustadtrat und dann als Bürgermeister, versucht, das gesamte Gelände hinter der East Side Gallery als öffentliche Parkanlage zu sichern. Nach Ablauf der Plangewährleistungsfrist für den Bebauungsplan im August 2012 beschloss die BVV Friedrichshain-Kreuzberg auf Antrag der Grünen Fraktion den Bebauungsplan zu ändern, um die verbleibenden Baugrundstücke (Hochhaus und Gebäuderiegel) als Grünflächen festzusetzen. Dazu wäre jedoch ein Tauschgrundstück oder eine finanzielle Unterstützung durch das Land für den Kauf des Grundstücks notwendig gewesen. Beides lehnte der Senat leider ab. Die Berliner Grünen werden sich weiterhin für die Sicherung der Grünfläche an der East Side Gallery sowie für den durchgehenden Erhalt der Mauer im Rahmen der rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten einsetzen.

5) Erhalt öffentlichen Grundbesitzes an der Spree

Mediaspree versenken! fordert, dass Grundstücke, die bisher noch in öffentlicher Hand sind, z.B. Dämmisol, (Köpenicker Straße 22-29, 10997 Berlin), Osthafen (Stralauer Allee, 10245 Berlin) unter keinen Umständen privatisiert werden. Unterstützen Sie diese Forderung?

Wir setzen uns für eine transparente und nachhaltige Liegenschaftspolitik ein, die diesen Namen verdient. Wir wollen Erbbaupacht und Konzeptvergaben nutzen, um zentrale landeseigene Grundstücke – wie die oben genannten – nicht mehr zu verkaufen. Wir unterstützen den „Runden Tisch zur Neuausrichtung der Berliner Liegenschaftspolitik“ und die gezielte Entwicklung sowie den Ankauf von Flächen durch das Land Berlin. Denn landeseigene Grundstücke und Gebäude bieten die wirksamsten Steuerungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für eine sozial gerechte und nachhaltige Stadtentwicklung.

6) A100 16. Bauabschnitt

Mediaspree Versenken! fordert, dass der 16. Bauabschnitt der A100 nur für Busse, Taxis, Rettungskräfte, Polizei, Fahrräder und Fußgänger freigegeben wird, damit ein Dauerstau rund um die Eisenbrücke vermieden wird. Wie stehen Sie dazu?

Wir Grünen haben jahrelang gegen den 16. Bauabschnitt der A100 gekämpft und diesen Kampf leider verloren. Die Freigabe der Autobahn nur für Busse, Taxis, Rettungskräfte, Polizei, Fahrräder und Fußgänger ist rechtlich nicht möglich, da ein Autobahnbau nur zum Zweck der Nutzung durch den allgemeinen motorisierten Straßenverkehr genehmigt wird.

7) A100 17. Bauabschnitt

Befürworten Sie, dass der 17. Bauabschnitt der A100 (Verlängerung bis zur Frankfurter Allee)

gebaut wird?

Der 17. Bauabschnitt der A100 bedeutet mehr Verkehr, Lärm und Luftverschmutzung zu Lasten von Gesundheit, Wohn- und Lebensqualität in den angrenzenden Kiezen. Verkehrsprobleme würden durch die massiven Eingriffe in das Stadtbild nicht gelöst. Daher werden wir diesen verkehrspolitischen Unsinn auch zukünftig bekämpfen!

8) Veränderung des Bezirksverwaltungsgesetzes und der Berliner

Verfassung

In einem im Mai veröffentlichten IHK-Papier heißt es wörtlich: „Aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen muss, begleitet von einem breiten Beteiligungsprozess, eine Gesetzesänderung vorgenommen werden. Das Bezirksverwaltungsgesetz und die Berliner Verfassung sollen generell dahingehend geändert werden, dass Bauleitpläne bereits ab dem Aufstellungsbeschluss nicht mehr Gegenstand von Volks- oder Bürgerbegehren sein können.“ Wie stehen Sie dazu, dass eine undemokratische Forderung, die eine Verschlechterung der Bürgerrechte darstellt, in das Bezirksverwaltungsgesetz und der Berliner Verfassung eingebracht werden soll, damit Bauleitpläne bereits ab dem Aufstellungsbeschluss nicht mehr Gegenstand von Volks- oder Bürgerbegehren sein können?

Diese Forderung der IHK lehnen wir ab. Vielmehr setzen wir uns dafür ein, dass Bürgerentscheide auf Bezirksebene durch eine Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes verbindlich gemacht werden. In der laufenden Legislatur hat unsere Fraktion im Abgeordnetenhaus darüber hinaus beantragt, das Ausführungsgesetz zum Baugesetzbuch dahingehend zu ändern, dass der Senat das Verfahren der Aufstellung und Festsetzung eines Bebauungsplans nicht an sich ziehen kann, wenn und solange das Gebiet Gegenstand eines beim Bezirksamt angezeigten Bürgerbegehrens ist (vgl. Drs. 17/2202-1).

9) East Side Gallery als Weltkulturerbe

Teilen Sie die Auffassung, dass die „East Side Gallery“ in Berlin-Friedrichshain entlang der ehemaligen DDR-Grenze nicht nur ein weltbekanntes Denkmal und Symbol der Teilung und Vereinigung Berlins und Deutschlands und Anziehungspunkt für Zehntausende Besucher ist, sondern auch ein einmaliges Dokument künstlerischer Gestaltung der Aufarbeitung dieses Teiles deutscher Geschichte darstellt, das es Wert ist, auch als Einstufung als Weltkulturerbe der UNESCO vorgeschlagen und anerkannt zu werden, und welche Unterstützung würden Sie hierzu leisten in Gestalt von Bemühungen um Aufnahme in den Katalog des Weltkulturerbes?

Wir Grüne sehen die East Side Gallery Berlin im Zusammenhang mit allen Mauergedenkstätten, sowohl in Berlin, als auch mit den Erinnerungsorten an der deutsch-deutschen Grenze. Wir haben uns für eine aktive und lebendige Erinnerungskultur stark gemacht, um die Spuren der deutschen Teilung und der friedlichen Revolution im Stadtbild sichtbar zu machen. Und wir wollen das politische und kulturelle Wissen um die Bedeutung der Mauer an verschiedenen Orten in Berlin weiterhin vermitteln. Dies schließt die Gründung eines Campus der Demokratie, die Förderung der Robert Havemann Gesellschaft oder der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde ebenso ein wie die Förderung der Gedenkstätte Berliner Mauer sowie den Erhalt, die Pflege und den Denkmalschutz der East Side Gallery.

Die Mauer hat in Berlin diverse Gedenkorte und sie gehören alle zusammen. Wir sehen daher die Anmeldung der East Side Gallery als UNESCO-Weltkulturerbe nicht als das richtige Mittel an. Die Gemälde auf der East Side Gallery werden stetig weiterverwandelt – es gibt damit keinen statischen Zustand. Auch wird ein UNESCO-Weltkulturerbe keinen weiteren Freiraumschutz leisten können. Die East Side Gallery steht bereits unter Denkmalschutz und es sind Maßnahmen zwischen Bezirk und Land Berlin vereinbart, den Ort angemessen zu sanieren und die Aufenthaltsqualität vor Ort zu verbessern. Eine größere internationale Aufmerksamkeit durch die Anmeldung zum Kulturerbe wird hier auch keine ad hoc Verbesserung mit sich bringen. Zudem ist Berlin noch mitten in der Aufarbeitung der Friedlichen Revolution, auch dies ist ein Prozess, in den die East Side Gallery einfließt, aber für den das Robert Havemann Archiv und die jüngst eröffnete Ausstellung in der Ruschestraße ebenso wichtig sind. Langfristig wäre eine Anmeldung des "Mauerensembles" durchaus diskussionswürdig, aber derzeit sind noch zu viele Prozesse nicht abgeschlossen.